

Zum Wahlparteitag DIE LINKE.

Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellv. Vorsitzender

Auf Einladung nahmen Mitglieder des Vorstands von ISOR am 20. und 21. Juni als Gäste am Wahlparteitag der Partei DIE LINKE. in Berlin teil. Mit tiefer Genugtuung und Befriedigung konnten wir die programmatischen Vorträge (Lafontaine, Gysi) sowie die breite Diskussion und demokratische Aussprache zum Programm der Partei zur Bundestagswahl verfolgen.

Anders als die Mehrzahl der Medien hatten wir den Programmentwurf sowie die hierzu eingereichten rund 1000 Änderungsanträge und Ergänzungsvorschläge als Ausdruck einer demokratischen, leidenschaftlichen und sehr engagierten innerparteilichen Diskussion in einer pluralistischen linken Partei wahrgenommen, wie das wohl Normalität in einer so jungen Partei ist. Entgegen allen vorab und parallel zum Parteitag medial verkündeten Wunschprognosen stellte sich uns die LINKE. einheitlich im Kampfeswillen und in ihren Zielrichtungen dar. Mit Respekt haben wir die Fähigkeit der sich Außenstehenden oft sehr schwer erschließenden unterschiedlichen Strömungen, Plattformen, Arbeitsgruppen und sonstigen Gruppierungen innerhalb der Partei zur Kenntnis genommen, in der Standpunktbildung aufeinander zuzugehen, einander an- und zuzuhören und nach Lösungen zu suchen. Dies wohl auch dank einer sehr sorgsam vorbereitenden Arbeit der Antragskommission und einer geduldigen und umsichtigen Tagungsleitung, vor allem aber wohl auch der spürbaren Selbstdisziplinierung der Delegierten. Angesichts der bekannten oft manischen Streitsucht und von Unfehlbarkeitsansprüchen innerhalb der linken Bewegungen - wohl eine ihrer größten Schwächen - haben wir das als deutlichen Gewinn und Ausdruck gewachsener Reife empfunden.

Inzwischen sind die Referate, die Diskussion und das mit übergroßer Mehrheit beschlossene Wahlprogramm (sieben Gegenstimmen, vier Stimmenthaltungen) veröffentlicht und kompakt dokumentiert auch über Internet zugänglich (www.die-linke.de). Einzelne Politiker in den übrigen vier Bundestagsparteien begannen bereits am 21.06. abends, kaum dass der Parteitag zu Ende war, vor allem innenpolitische und soziale Forderungen der Partei DIE LINKE. rasch für ihre eigenen Forderungskataloge zu adaptieren, um sie nach bekanntem Strickmuster für sich zu reklamieren (z.B. solche politischen Dauerbrenner wie die die Forderungen Rücknahme der Rente mit 67, weg mit Hartz IV, die Beseitigung von Leiharbeit und Zeitarbeitsverträgen, die Einführung von Mindestlöhnen usw.). Kurzum DIE LINKE. wirkt.

Hervorzuheben bleibt:

1. Wir unterstützen vorbehaltlos die konsequente Friedenspolitik der Partei DIE LINKE. „Wir sind strikt gegen alle Formen von Angriffskriegen“, betonte Gysi. „Wir treten als erste aus der Spirale der Gewalt aus, wir reagieren mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, mit einem Dialog der unterschiedlichen Kulturen und Religionen und nie wieder mit Krieg“.

DIE LINKE. erweist sich deutlich in Programmatik und Gestaltung ihrer realen Politik gegenwärtig als die einzige deutsche Partei, die jegliche Form von Gewalt und Angriffskriege ablehnt.

ISOR als soziale Organisation ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe tritt dieser Programmatik unter allen Umständen bei. Dies auch aus dem beruflichen und politischen Wissen ihrer Mitglieder und in Kenntnis dessen, was Krieg und Gewalt für die Menschheit bedeuten würde sowie der auf diesem Wissen begründeten Überzeugung von der alternativlosen Richtigkeit dieser Programmatik.

2. Wir begrüßen sehr und unterstützen die umfassende sozial- und gesundheitspolitische Programmatik die damit verbundenen politischen Konzeptionen der Partei, nahehegend natürlich insbesondere den Kampf um höhere und gerechte Renten, die vor Altersarmut schützen.

Im Jahre 2007 hatte DIE LINKE. dem Bundestag im Einklang mit den Sozialverbänden, auch mit uns, in einer umfassenden Initiative 17 Anträge vorgelegt, „um Rentenübergangslücken, Versorgungsunrecht und Rentenstrafrecht im Osten zu überwinden ... Das Rentenrecht ist nicht die Rubrik, wo ich mich mit

Biographien auseinandersetze", so Gysi. Und weiter: „Das Rentenrecht hat etwas mit Anwartschaftsjahren, mit Beiträgen und vielem anderen zu tun. Wer eine Vereinigung will, muss auch anstreben, dass Menschen für die gleiche Leistung die gleiche Rente bekommen".

Wir empfinden dies als programmatische Erklärung Gysis in Erfüllung eines Wählerauftrags aus der vergangenen Wahlperiode und gleichzeitig auch des Versprechens an den 16. Deutschen Bundestag bei Ablehnung der 17 Anträge Anfang Mai 2009: „Solange wir im Bundestag sind, werden Sie in jeder Legislaturperiode diese Anträge vorgelegt bekommen."

ISOR erklärt für diese Positionierungen der Partei DIE LINKE. auf ihrem Wahlprogramm-Parteitag die Dankbarkeit seiner Mitglieder. Wir werden auch künftig im Kampf um Rentengerechtigkeit unseren eigenständigen Beitrag leisten.

3. Mit großer Aufmerksamkeit nehmen wir den Kampf um die dauerhafte Begründung und Installation eines Fünfparteiensystems in der politischen Landschaft der Bundesrepublik zur Kenntnis und unterstützen ihn.

Dies auch im Wissen um die absehbar notwendige Prüfung von Bündnissen und Koalitionen mit anderen Parteien auf Bundesebene, namentlich mit der SPD und den Grünen. Wir teilen allerdings aus eigener Erfahrung auch die Auffassung, dass beide Parteien derzeit auf Bundesebene wohl kaum koalitionsfähig sein dürften und setzen in diesem Zusammenhang auf ein breites Bündnis der Partei DIE LINKEN. mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und den Friedensbewegungen.

Dies um so mehr, als in Parteien in Deutschland mit sinkender Tendenz heute nur noch weniger als 2,6 % der gesamten Bevölkerung im wahlfähigen Alter organisiert ist (im Osten weniger als 1,6 %). In Verbindung mit sinkenden Wahlbeteiligungen der Bürger dürften Überlegungen über die Wirkungsmechanismen und demokratischen Legitimationen von Parteien in der heutigen parlamentarischen Demokratie zunehmend überfällig werden und Koalitionen über Parteigrenzen hinaus erfordern.

Der Parteitag vermittelt, auch im Vergleich mit den Resultaten analoger Veranstaltungen anderer im Bundestag vertretenen Parteien, dass gegenwärtig allein DIE LINKE. konsequent für den sozialen Schutz der Mehrheit der Gesellschaft kämpft. Aus dieser Sicht ruft ISOR seine Mitglieder und Sympathisanten sowie deren Familienmitglieder und Freunde für die Bundestagswahlen am 27. September zu einer klaren Wahlentscheidung für DIE LINKE. auf. Selbstverständlich betont ISOR auch künftig ihre parteipolitische Unabhängigkeit, was jedoch nicht mit politischer Neutralität zu verwechseln ist.

Wir bleiben - im Einklang mit unserer Satzung - eine Interessenvertretung, und nur von dieser Partei sehen wir uns im Bundestag und in der praktischen Politik tatsächlich vertreten. Im Zweifel empfehlen wir die Lektüre des Protokolls der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28. Mai 2009 zur Beratung der 17 Anträge der Fraktion der Partei DIE LINKE. zum „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (2. AAÜG-ÄndG)".